

Landtagswahlprogramm 2026

PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei

Mecklenburg-Vorpommern



**PARTEI MENSCH
KLIMA TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei

Mitgefühl wählen. Klima schützen. Tiere retten. Zukunft gestalten.



Unsere Ziele für Mecklenburg-Vorpommern

Wir machen Tierschutz zur verbindlichen Aufgabe des Landes und schaffen eine unabhängige Landestierschutzbeauftragtenstelle.

Wir stärken Tierheime, Wildtierhilfen, Tierrettung, Katzenschutz und Meeressäugerhilfe als unverzichtbare Säulen des Gemeinwohls.

Wir unterstützen Kommunen beim Ausstieg aus der Massentierhaltung und beim Aufbau pflanzlicher, regionaler und ökologischer Wertschöpfung.

Wir machen Mecklenburg-Vorpommern bis spätestens 2035 klimaneutral und helfen Städten, Gemeinden und Landkreisen bei diesem Ziel.

Wir verbinden Klimaschutz, Moorschutz, Ostseeschutz, bezahlbares Wohnen, nachhaltiges Bauen und eine soziale Mobilitätswende.

Wir bauen Bus, Bahn und Radwege deutlich aus und machen Mobilität durch stark subventionierte oder kostenfreie Tickets sozial gerecht.

Wir befreien die Ostsee von Müll, Geisternetzen, giftigen Altlasten und Weltkriegsmunition und schützen Meerestiere wirksam.

Wir senken Unterrichtsausfall, stärken Schulen und schaffen kostenfreies, vollwertiges bio-veganes Essen in Bildungseinrichtungen für Kinder.

Wir fördern Hochschulen, Wissenschaft und Start-ups, die tierversuchsfreie, klimafreundliche und gemeinwohlorientierte Lösungen entwickeln.

Wir schaffen mehr Frauenhäuser, mehr Schutzplätze und mehr spezialisierte Beratungsstellen gegen häusliche und andere Formen von Gewalt.

Wir stellen uns Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Misogynie, Klimaleugnung und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegen.

Wir stärken Kommunen, Verwaltung, Katastrophenschutz, Familien, Seniorinnen und Senioren und den nachhaltigen Tourismus im ganzen Land.



V.i.S.d.P.: PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ
- Tierschutzpartei -
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Landesvorsitzender: Robert Gabel
Landesgeschäftsstelle
Bahnhofstraße 44/45
17489 Greifswald
Telefon Geschäftsstelle: +49 3834 769949
Mobil Robert Gabel: +49 179 5291338
E-Mail: mv@tierschutzpartei.de

Das Landtagswahlprogramm 2026 der PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ – Tierschutzpartei
ist auf Grundlage des Programms 2021 entstanden, vom Landesvorstand
am 27.05.2026 beschlossen und in der Schlussredaktion mithilfe
von KI ergänzt und lektoriert worden.

Inhaltsübersicht

Unsere Ziele für Mecklenburg-Vorpommern	2
1. Präambel	4
2. Tierschutz und Tierrechte stärken	6
3. Massentierhaltung beenden	9
4. Jagd beenden und jagdfreie Zonen schaffen	11
5. Landwirtschaft und Ernährung pflanzlich, regional und ökologisch ausrichten	12
6. Klimaneutralität bis 2035 erreichen	14
7. Ostsee, Küsten und Gewässer schützen	16
8. Öffentlichen Nahverkehr ausbauen und bezahlbar machen	18
9. Wohnen und Bauen sozial, klimaneutral und tierfreundlich gestalten	20
10. Bildung verbessern und Unterrichtsausfall senken	22
11. Hochschulen, Wissenschaft und Forschung stärken	24
12. Gesundheit, Pflege und Schutz vor Gewalt stärken	26
13. Senioren, Familien und Generationengerechtigkeit stärken	28
14. Gegen Rechts, für Demokratie und Menschenwürde	30
15. Polizei, Justiz und Katastrophenschutz demokratisch und zukunftsfest aufstellen	32
16. Kommunen und Kommunalfinanzen stärken	34
17. Landesfinanzen sozial, ökologisch und transparent gestalten	36
18. Digitalisierung und Verwaltung bürgernah, barrierefrei und klimagerecht modernisieren	39
19. Nachhaltige Wirtschaft und ethische Innovation fördern	41
20. Nachhaltigen Tourismus naturverträglich und tierfreundlich entwickeln	43
21. Europa, Ostseekooperation und internationale Verantwortung stärken	45
22. Mitgefühl ist politische Verantwortung	47

1. Präambel

Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land der Küsten, Moore, Wälder, Seen, Dörfer und Städte. Es ist Heimat für Menschen und Tiere und trägt eine besondere Verantwortung für die Ostsee, für den ländlichen Raum, für die Artenvielfalt und für kommende Generationen.

Die PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei steht für eine Politik des Mitgefühls, der Verantwortung und der wissenschaftlichen Vernunft. Wir wollen ein Land, in dem Tiere nicht als Ware behandelt werden, Kinder gleiche Chancen erhalten, Frauen und von Gewalt betroffene Menschen verlässlich geschützt werden, Pflege und Gesundheit nicht dem Profit untergeordnet sind, die Ostsee nicht weiter vergiftet wird und Klimaschutz endlich zur verbindlichen Grundlage allen politischen Handelns wird.

Unser Grundsatz lautet, dass eine Politik, die Tiere schützt, auch Menschen schützt. Eine Politik, die das Klima schützt, schützt zugleich soziale Gerechtigkeit. Eine Politik, die Natur erhält, erhält unsere Lebensgrundlagen.

Mecklenburg-Vorpommern kann zeigen, dass ein Flächenland sozial gerecht, klimaneutral, tierfreundlich und wirtschaftlich zukunftsfähig werden kann. Dafür braucht es Mut, klare Prioritäten, eine starke kommunale Ebene und die Bereitschaft, öffentliche Gelder konsequent an Gemeinwohl, Klima- und Tierschutz auszurichten.

2. Tierschutz und Tierrechte stärken

Tiere sind fühlende Lebewesen, die Schmerz, Angst, Stress, Freude und soziale Bindung erleben können. Eine moderne Landespolitik darf Tiere deshalb nicht länger nur als Nutzobjekte, Produktionsmittel oder jagdbare Ressource behandeln.

Mecklenburg-Vorpommern soll eine unabhängige Landestierschutzbeauftragte oder einen unabhängigen Landestierschutzbeauftragten einrichten. Diese Stelle soll Gesetzgebungsverfahren begleiten, Behörden beraten, Missstände öffentlich benennen, wissenschaftliche Expertise bündeln und als Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger, Tierschutzvereine, Tierheime, Wildtierhilfen und Kommunen dienen. Das Land soll das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen. Anerkannte Tierschutzverbände müssen die Möglichkeit erhalten, behördliche Entscheidungen gerichtlich überprüfen zu lassen und gegen systematische Verstöße gegen das Tierschutzrecht vorzugehen.

Tierschutzeinrichtungen müssen dauerhaft und verlässlich finanziert werden. Das Land soll Tierheime, Lebenshöfe, Wildtiertrauffangstationen, Igelhilfen, Vogelpflegestationen, Katzenschutzinitiativen, Tierrettungsdienste und ehrenamtliche Tierschutzvereine deutlich stärker fördern, weil diese Einrichtungen öffentliche Aufgaben übernehmen und bisher zu oft mit Kosten, Bürokratie und Überlastung allein gelassen werden.

Das Land soll Schwerpunktzuständigkeiten für Tierschutzverstöße schaffen und die Veterinärämter personell, fachlich und digital so ausstatten, dass Kontrollen tatsächlich wirksam werden. Tierschutzrecht muss nicht nur auf dem Papier stehen, sondern konsequent vollzogen werden.

Für die Küstenregionen Mecklenburg-Vorpommerns soll ein landesweites Konzept für Wildtierrettung, Meeressäugerhilfe und Maßnahmen bei Walstrandungen geschaffen werden. Das Land soll geschulte Einsatzteams, klare Meldekettens, eine

zentrale Notfallstruktur, mobile Ausrüstung, tiermedizinische Unterstützung, wissenschaftliche Begleitung und feste Kooperationen mit Kommunen, Wasserschutzpolizei, Küstenwache, Hafenbehörden, Feuerwehr, Wasserrettung und zuständige Bundesstellen, Naturschutzverbänden und Forschungseinrichtungen sicherstellen.

Mecklenburg-Vorpommern soll eine landesweite Katzenschutzverordnung einführen. Freilaufende Katzen sollen gekennzeichnet, registriert und kastriert werden, damit Katzenelend, unkontrollierte Vermehrung und überfüllte Tierheime wirksam reduziert werden. Das Land soll sich zudem dafür einsetzen, dass die von den Gemeinden erhobene Hundesteuer nicht für Tiere aus dem Tierschutz gelten soll.

Das Land soll ein landesweites Nachtfahrverbot für Mähroboter einführen sowie von der Bundesebene einfordern. Mähroboter dürfen in der Dämmerung und nachts nicht betrieben werden, weil sie für Igel, Amphibien, Jungvögel, Insekten und andere kleine Wildtiere eine erhebliche Gefahr darstellen.

Das Land soll größere Städte beim Aufbau betreuter Taubenschläge unterstützen und tierschutzwidrige Abwehrmethoden wie Spikes, Klebepasten oder Giftköder auf öffentlichen Flächen untersagen.

Mecklenburg-Vorpommern soll eine landesweite Aufklärungskampagne gegen Qualzuchten starten und Tierarztpraxen, Tierheime, Schulen, Volkshochschulen, Zoofachhandel, Onlineplattformen und Kommunen einbeziehen. Öffentliche Fördermittel, kommunale Flächen und landeseigene Einrichtungen dürfen nicht für Angebote genutzt werden, die Qualzuchten normalisieren oder bewerben. Mecklenburg-Vorpommern soll sich zudem im Bundesrat für ein konsequentes bundesweites Zucht-, Handels-, Import- und Ausstellungsverbot von Qualzuchten einsetzen.

Der Tierschutzvollzug soll durch verbindliche Mindeststandards für Veterinärämter gestärkt werden, insbesondere durch ausreichende Personalbemessung, regelmäßige Fortbildungen, unangekündigte Kontrollen, digitale Dokumentation und Schwerpunktzuständigkeiten für Tierschutzdelikte. Fundtierkosten dürfen nicht länger zwischen Kommunen und Tierheimen hin- und hergeschoben werden, weshalb das Land einheitliche Standards für Fundtierverträge und eine verlässliche Landespauschale prüfen soll. Mecklenburg-Vorpommern soll eine landesweite Tierheim- und Wildtierhilfepauschale prüfen, damit Tierheime, Tierrettung, Katzenschutz, Lebenshöfe und Wildtierstationen nicht länger von Spenden, Zufall und kommunalen Einzelverträgen abhängig sind.

Die Wildtierhilfe soll landesweit ausgebaut werden und neben Maßnahmen bei Walstrandungen auch Igel, Fledermäuse, Vögel, Amphibien und andere verletzte oder hilfsbedürftige Wildtiere ausdrücklich einbeziehen. Tierschutz muss in allen landespolitischen Bereichen mitgedacht werden. Bauplanung, Verkehr, Katastrophenschutz, Landwirtschaft, Tourismus, Forschung, Bildung und öffentliche Beschaffung sollen so gestaltet werden, dass Tierleid vermieden und Lebensräume geschützt werden.



3. Massentierhaltung beenden

Die industrielle Tierhaltung verursacht unermessliches Tierleid, belastet Böden und Gewässer, verschärft die Klimakrise, erhöht das Risiko von Tierseuchen und trägt zur Entstehung antibiotikaresistenter Keime bei. Mecklenburg-Vorpommern darf kein Standort für immer größere Tierfabriken sein.

Der Brand in Alt Tellin hat gezeigt, wohin industrielle Tierhaltung führen kann. Tausende Tiere starben qualvoll, weil wirtschaftliche Interessen über Leben, Sicherheit und Mitgefühl gestellt wurden.

An Orten wie Alt Tellin sollte keine neue gewerbliche Tierhaltung dieser Art entstehen. Stattdessen sollen dort Informations- und Gedenkstätten entstehen, die über Massentierhaltung, Tierleid, Brandschutzversagen und Alternativen zur tierhaltenden Agrarindustrie aufklären. Wir wollen alle landesrechtlichen, planungsrechtlichen und kommunalen Möglichkeiten nutzen, um eine erneute Ansiedlung industrieller Tierhaltung an solchen Standorten zu verhindern.

Das Land muss die kommunale Ebene beim Ausstieg aus der Massentierhaltung und bei der Nichtansiedlung neuer Massentierhaltungsanlagen unterstützen. Kommunen brauchen rechtliche Beratung, finanzielle Unterstützung für Gutachten, Zugang zu landesweiter Expertise und klare landesplanerische Leitlinien, damit sie Tierfabriken nicht aus wirtschaftlichem Druck genehmigen müssen.

Die Landesregierung soll Gemeinden dabei helfen, Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und kommunale Entwicklungskonzepte so zu gestalten, dass industrielle Tierhaltung zurückgedrängt und tierleidfreie Wertschöpfung gestärkt wird.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Landesprogramm für Betriebe schaffen, die aus der Tierhaltung aussteigen möchten. Landwirtinnen und Landwirte sollen finanzielle Hilfen, Beratung, Investitionsförderung und Absatzunterstützung erhalten, wenn sie auf pflanzliche Produktion, Gemüsebau, Obstbau, Hülsenfrüchte, ökologische Landwirtschaft, Agroforst, Paludikultur oder andere nachhaltige Bewirtschaftungsformen umstellen.

Landesagrarfördermittel sollen künftig konsequent daran ausgerichtet werden, Tierleid, Artensterben, Pestizidbelastung, Überdüngung und Klimaschäden zu reduzieren. Öffentliche Gelder sollen öffentliche Güter fördern und deshalb vor allem Betriebe unterstützen, die Böden schützen, Wasser sparen, Pestizide reduzieren, Lebensräume schaffen, regionale Versorgung stärken und tierleidfreie Produktion aufbauen.

Eine Agrarwende muss sozial gerecht sein. Beschäftigte, Betriebe und Kommunen im ländlichen Raum brauchen Weiterbildung, Investitionen und sichere Perspektiven, damit der Ausstieg aus der Tierindustrie nicht als Verlust, sondern als Beginn einer zukunftsfähigen regionalen Wirtschaft erlebt wird.



4. Jagd beenden und jagdfreie Zonen schaffen

Wildtiere haben ein eigenes Lebensrecht. Sie sind keine Freizeitobjekte und keine bloßen Bestandszahlen in jagdlichen Planungen.

Mecklenburg-Vorpommern soll die Hobbyjagd, soweit landesrechtlich möglich, schrittweise beenden und das Landesjagdrecht grundlegend am Tierschutz ausrichten. Großflächige jagdfreie Zonen sollen insbesondere in Schutzgebieten, Nationalparks, Naturparks, sensiblen Küstenbereichen, Moorlandschaften, Waldentwicklungsgebieten und auf geeigneten kommunalen Flächen eingerichtet werden.

In jagdfreien Zonen sollen Wildtiere ohne jagdlichen Druck leben können. Konflikte zwischen menschlicher Nutzung und Wildtieren sollen mit nicht-tödlichen, wissenschaftlich begründeten und präventiven Maßnahmen gelöst werden.

Das Töten von Wildtieren aus wirtschaftlichen oder fischereipolitischen Interessen lehnen wir ab. Kormorane, Robben, Füchse, Biber, Wölfe, Gänse und andere Wildtiere dürfen nicht zu Sündenböcken für menschliche Nutzungskonflikte gemacht werden.

Der Umgang mit Wildtieren muss auch Klimafolgen berücksichtigen. Dürre, Waldumbau, Küstenerosion und veränderte Lebensräume dürfen nicht dazu führen, dass Tiere für menschengemachte Krisen verantwortlich gemacht werden.

Soweit Bundesrecht entgegensteht, soll Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat für eine grundlegende Reform des Jagdrechts eintreten. Der Schutz von Tieren, Biodiversität und natürlichen Lebensräumen muss Vorrang vor Jagdtraditionen haben. Grausame Jagdmethoden wie Fallen-, Bau-, Treib- und Drückjagd sowie Schlieffenanlagen müssen überall sofort beendet werden.

5. Landwirtschaft und Ernährung pflanzlich, regional und ökologisch ausrichten

Mecklenburg-Vorpommern kann ein Vorreiterland für regionale und pflanzlich-ökologische Landwirtschaft werden. Unsere Böden, unser Wasser, unsere Artenvielfalt und unser Klima brauchen eine Landwirtschaft, die nicht auf immer mehr Tierhaltung, Futtermittelimporte, Monokulturen und Pestizide setzt.

Eine pflanzliche Landwirtschaft stärkt regionale Wertschöpfung, reduziert Emissionen, spart Wasser und Fläche und verringert Tierleid. Der Anbau von Lupinen, Ackerbohnen, Erbsen, Hafer, Gemüse, Obst, Nüssen und anderen pflanzlichen Lebensmitteln soll gezielt gefördert werden.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein starkes Land für regionale Eiweißpflanzen, pflanzliche Lebensmittelverarbeitung und innovative Ernährung werden. Solidarische Landwirtschaft, Marktgärtnereien, ökologische Betriebe, Hofläden, regionale Verarbeitungsbetriebe und kommunale Ernährungsräte sollen unterstützt werden.

Öffentliche Kantinen sollen dabei begleitet werden, mehr regionale, ökologische und pflanzliche Angebote einzuführen. Öffentliche Beschaffung soll Vorbild sein und mit Landesmitteln keine Strukturen fördern, die Tierleid, Klimaschäden und Gesundheitsrisiken verstärken.

In allen Bildungseinrichtungen für Kinder soll es ein kostenfreies, gesundes, möglichst regionales, ökologisches und veganes Essen geben. Kinder sollen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gut essen können, und ein bio-veganes Standardangebot in Kitas, Horten und Schulen verbindet Kindergesundheit, Klimaschutz, Tierschutz und soziale Gerechtigkeit.

Pestizide, Überdüngung und monotone Agrarlandschaften sind eine Gefahr für Insekten, Vögel, Gewässer und Böden. Landesprogramme sollen Blühflächen, Hecken, Tümpel, Agroforstsysteme, Gewässerrandstreifen und pestizidarme Bewirtschaftung deutlich stärker fördern.

Landwirtschaftliche Bildung, Beratung und Forschung sollen die pflanzliche Agrarwende, tierschutzgerechte Betriebsumstellungen, Bodenaufbau, Wasserrückhalt und Klimaanpassung in den Mittelpunkt stellen.

Agrarförderung, Flurneuordnung, die Verpachtung landeseigener Flächen und die Bodenpolitik des Landes sollen eine vielfältige, kleinräumig strukturierte und pflanzlich-ökologische Landwirtschaft fördern. Große einheitliche Feldblöcke und Monokulturen sollen durch abwechslungsreiche Fruchtfolgen, Hecken, Baumreihen, Agroforstsysteme, feuchte Senken und ökologisch bewirtschaftete Brandschutzstreifen gegliedert werden. Diese Strukturen schützen Böden und Wasser, schaffen Lebensräume, bremsen Wind und Erosion und können die Ausbreitung von Landschaftsbränden begrenzen. Kleine und mittlere Betriebe, solidarische Landwirtschaft und regionale Verarbeitung sollen bei Fördermitteln und Vergabe landeseigener Flächen Vorrang vor Flächenkonzentration erhalten.

Saisonarbeiter:innen brauchen verständliche Arbeitsverträge, Krankenversicherung, sichere Unterkünfte, medizinische Versorgung und wirksamen Schutz vor Hitze und Pestiziden. Überhöhte Abzüge für Unterkunft, Transport oder Arbeitsgeräte dürfen den Mindestlohn nicht unterlaufen. Mobile Beratung und unangekündigte Kontrollen sollen Missbrauch verhindern.



6. Klimaneutralität bis 2035 erreichen

Mecklenburg-Vorpommern muss spätestens bis 2035 klimaneutral werden. Dieses Ziel soll verbindlich in einem Landesklimaschutzgesetz verankert werden, das überprüfbare Zwischenziele, jährliche Fortschrittsberichte, sektorbezogene Maßnahmen und eine Nachsteuerungspflicht enthält, wenn Ziele verfehlt werden.

Die kommunale Ebene muss bei diesem Ziel umfassend unterstützt werden. Städte, Gemeinden und Landkreise brauchen Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager, Investitionsmittel, Beratungsangebote, Planungskapazitäten und landesweite Programme für erneuerbare Energien, Wärmewende, Gebäudesanierung, klimafreundliche Mobilität, Entsiegelung, Hitzeschutz und Starkregenvorsorge.

Das Land soll seine eigenen Gebäude, Fuhrparks, Beteiligungen und Beschaffungen konsequent auf Klimaneutralität ausrichten. Öffentliche Gebäude sollen mit Photovoltaik, Wärmepumpen, erneuerbarer Wärme, guter Dämmung und sparsamer Technik ausgestattet werden. Neue Landesgebäude sollen klimaneutral, ressourcenschonend und möglichst mit ökologischen Baustoffen errichtet werden. Holz, Lehm, Hanf, Recyclingmaterialien und andere klimafreundliche Baustoffe sollen stärker gefördert werden.

Moore sind für Mecklenburg-Vorpommern von herausragender Bedeutung. Trockengelegte Moore verursachen erhebliche Treibhausgasemissionen, während wiedervernässte Moore Klima, Wasserhaushalt und Artenvielfalt schützen. Moorschutz soll sozial gerecht umgesetzt werden, indem Flächentauschprogramme, langfristige Pachtmodelle, Entschädigungsfonds und Abnahmegarantien für Produkte aus Paludikultur geschaffen werden.

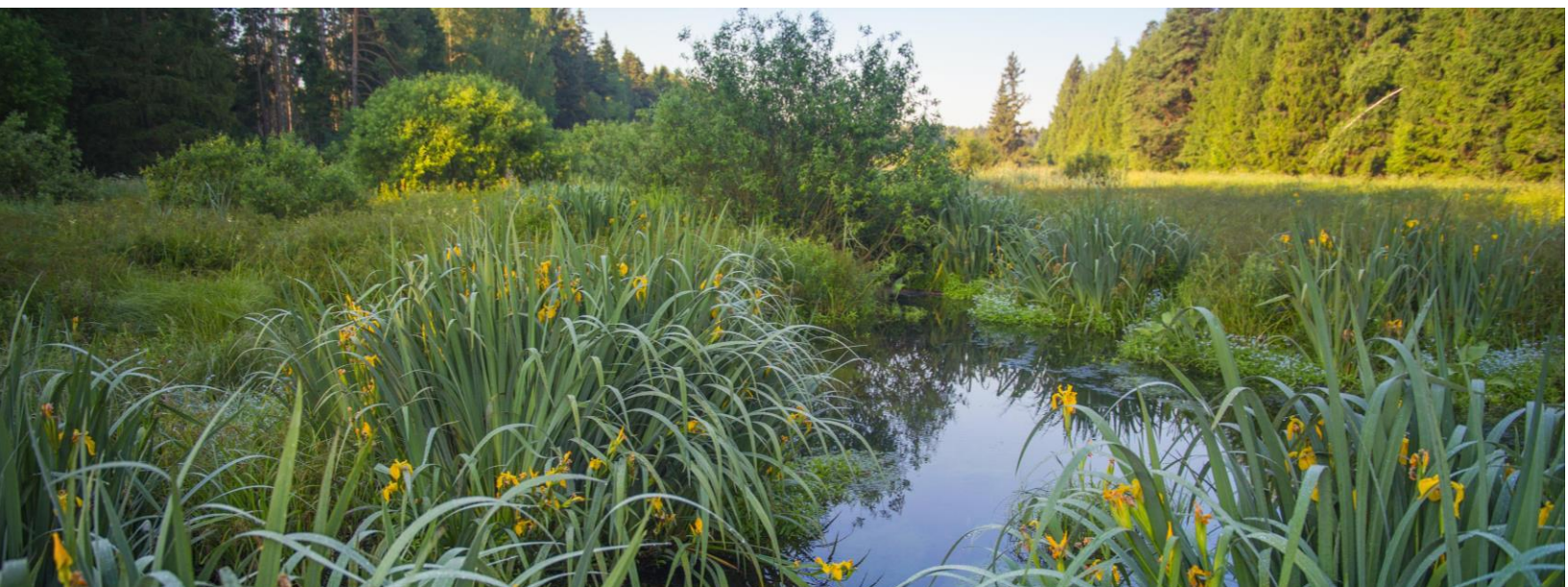
Mecklenburg-Vorpommern soll Moorschutz, Wiedervernässung und Paludikultur massiv ausbauen. Landwirtschaftliche Betriebe sollen dabei unterstützt werden, nasse Moorflächen wirtschaftlich zu nutzen, ohne ihre Klimafunktion zu zerstören.

Die Energiewende muss naturverträglich und sozial gerecht umgesetzt werden. Wind- und Solarenergie sollen ausgebaut werden, aber Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und regionale Energiegenossenschaften müssen stärker beteiligt werden.

Klimaschutz darf nicht als Belastung bei den Menschen ankommen, die ohnehin wenig haben. Die Kosten der Transformation müssen gerecht verteilt werden, und die Vorteile von sauberer Energie, guter Dämmung und bezahlbarer Mobilität müssen auch Haushalte mit niedrigem Einkommen erreichen.

Klimaschutz ist zugleich Tierschutz. Hitze, Dürren, Waldbrände, Sauerstoffmangel in Gewässern und Lebensraumverluste treffen Wildtiere, sogenannte „Nutz“tiere und Haustiere unmittelbar und müssen in allen Klimaanpassungsplänen berücksichtigt werden.

Das Land soll Begrünung, Entsiegelung, Baumpflanzungen, Schattenplätze und Trinkwasserangebote fördern. Regenwasser muss durch Zisternen, Versickerungsflächen, Rückhaltebecken und naturnahe Gräben besser gespeichert werden. Kommunen brauchen dauerhaft finanzierte Hitzeaktionspläne, Starkregenkarten und Schwammstadt-Konzepte.



7. Ostsee, Küsten und Gewässer schützen

Die Ostsee ist Lebensraum, Wirtschaftsgrundlage, Erholungsraum und Teil der Identität Mecklenburg-Vorpommerns. Sie ist zugleich durch Überdüngung, Plastikmüll, alte Fischernetze, Chemikalien, Schifffahrt, Erwärmung, Sauerstoffmangel und Altlasten massiv belastet.

Mecklenburg-Vorpommern soll sich dafür einsetzen, die Ostsee konsequent von giftigen Substanzen, Weltkriegsmunition und Müll zu befreien. Das Land soll gemeinsam mit dem Bund, den Küstenländern, Forschungseinrichtungen und den Ostseeanrainerstaaten ein dauerhaft finanziertes Programm zur Bergung, Sicherung und umweltgerechten Entsorgung von Munitionsaltlasten auflegen.

Die Bergung von Altmunition muss Sicherheitsinteressen, Meeresschutz, Arbeitsschutz und Tierschutz zusammendenken. Geisternetze, Plastikmüll und andere Abfälle müssen systematisch aus der Ostsee entfernt werden.

Das Land soll Programme fördern, mit denen Häfen, Tauchgruppen, Naturschutzverbände und Kommunen Müll sammeln, zurückgeben und fachgerecht entsorgen können. Häfen sollen bessere Annahmestellen für Müll, alte Netze und Schadstoffe erhalten.

Der Eintrag von Nährstoffen, Pestiziden, Mikroplastik und anderen Schadstoffen in Flüsse, Seen und Küstengewässer muss deutlich reduziert werden. Dafür braucht es strengere Kontrollen, bessere Klärtechnik, weniger Düngung, Gewässerrandstreifen, Renaturierung von Flüssen und eine Landwirtschaft, die Wasser nicht weiter überlastet.

Der Schutz von Fischen, Robben, Schweinswalen, Seevögeln und anderen Meerestieren muss ein fester Bestandteil der Ostseepolitik werden. Schutzgebiete müssen wirksam geschützt werden und dürfen nicht nur auf dem Papier bestehen.

Die Ostsee soll durch strengere Regeln gegen Unterwasserlärm, Schutzzeiten für Schweinswale und Seevögel, weniger Nährstoffeinträge, bessere Kontrollen in Schutzgebieten und landseitige Maßnahmen gegen Mikroplastik geschützt werden.

Der Schutz von Fischen als fühlende Wirbeltiere muss Bestandteil der Ostseepolitik werden. Wir haben die Vision einer Wirtschaft ohne jegliche Tierausbeutung. Fische sind fühlende Wirbeltiere, weshalb Mecklenburg-Vorpommern Angelwettbewerbe, öffentliche Förderung von Angel-Events, tierschutzwidrige Angelpraktiken und Besatzmaßnahmen ohne ökologische Notwendigkeit ablehnen soll.

Küstenschutz darf nicht allein als Bauaufgabe verstanden werden. Naturnahe Küsten, Seegraswiesen, Salzwiesen, Feuchtgebiete und Dünen leisten Klimaschutz, Arten- und Hochwasserschutz zugleich und müssen Vorrang vor kurzfristiger Verbauung erhalten.

Schifffahrt, Wassersport und Hafenbetrieb sollen auf emissionsarme Antriebe, Landstrom, Lärmbegrenzung, Schutz sensibler Uferbereiche und konsequente Rücksicht auf Fische, Vögel, Robben und Schweinswale ausgerichtet werden.



8. Öffentlichen Nahverkehr ausbauen und bezahlbar machen

Viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind auf das Auto angewiesen, weil Busse und Bahnen zu selten fahren oder Dörfer gar nicht angebunden sind. Das ist sozial ungerecht, klimaschädlich und schwächt den ländlichen Raum.

Mecklenburg-Vorpommern soll den öffentlichen Nahverkehr deutlich ausbauen. Die Landesregierung soll dies durch Landesmittel, Regionalisierungsmittel, kommunale Entlastung und Modellprojekte realisieren. Jede Ortschaft soll nach verbindlichen Mindestbedienstandards an öffentliche Mobilität angebunden werden. Wo klassische Linienverkehre nicht ausreichen, sollen Rufbusse, Bürgerbusse, Anruf-Sammeltaxis, On-Demand-Angebote und gemeinwohlorientierte Mobilitätsdienste eingesetzt werden.

Tickets sollen stark subventioniert und perspektivisch kostenfrei werden. Mobilität ist Teilhabe, und der Weg zur Schule, zur Arbeit, zur Ausbildung, zur Ärztin, zum Einkauf, zur Kultur oder zu Freundinnen und Freunden darf nicht vom Einkommen abhängen.

Das Land soll Modellregionen für kostenfreien Nahverkehr einrichten und wissenschaftlich auswerten. Wenn die Nutzung steigt, Straßen entlastet werden und soziale Teilhabe zunimmt, soll das Modell schrittweise auf ganz Mecklenburg-Vorpommern ausgeweitet werden.

Der Bahnverkehr muss gestärkt werden, und stillgelegte Strecken sollen dort reaktiviert werden, wo dies verkehrlich sinnvoll ist. Bus und Bahn müssen besser aufeinander abgestimmt werden, damit Anschlüsse verlässlich funktionieren.

Eine landesweite Mobilitäts-App soll Bahn, Bus, Rufbus, Fahrradverleih, Carsharing und Mitfahrangebote zusammenführen. Auch der Radverkehr muss deutlich sicherer werden, und das Land soll Kommunen beim Bau sicherer Radwege, Radschnellwege, Fahrradstraßen, Schulradwege und sicherer Abstellanlagen stärker unterstützen.

Verkehrsplanung muss Tiere und Natur schützen. Straßenbau darf Lebensräume nicht weiter zerschneiden, und bestehende Verkehrswege sollen mit Grünbrücken, Amphibientunneln, Wildtierkorridoren und besseren Geschwindigkeitsregelungen entschärft werden.

Mecklenburg-Vorpommern soll Bahnhöfe und Haltestellen im ganzen Land barrierefrei ausbauen und sie zu Mobilitätsstationen mit sicheren Fahrradabstellanlagen, Park-and-Ride, Bike-and-Ride, Ladeinfrastruktur, Rufbusanschlüssen und guter Orientierung weiterentwickeln. Gerade im Flächenland müssen Bahn, Bus, Fahrrad, Sharing-Angebote und flexible Verkehre so verknüpft werden, dass klimafreundliche Mobilität auch außerhalb der Städte alltagstauglich wird.



9. Wohnen und Bauen sozial, klimaneutral und tierfreundlich gestalten

Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr bezahlbaren Wohnraum, eine aktive soziale Wohnungspolitik und eine Baupolitik, die Klima, Natur, Tiere und Flächenschutz zusammendenkt.

Mecklenburg-Vorpommern soll Kommunen in angespannten Wohnungsmärkten, Hochschulorten und touristisch stark belasteten Regionen bei Mietenmonitoring, Leerstandsregistern, Zweckentfremdungssatzungen und der Begrenzung von Ferienwohnungen unterstützen. Dauerhaft bezahlbarer Wohnraum darf nicht durch spekulativen Leerstand oder eine unregelmäßige Umwandlung in Ferienunterkünfte verdrängt werden. Mecklenburg-Vorpommern soll ein landesweites Housing-First-Programm aufbauen, damit wohnungslose Menschen zuerst eine sichere Wohnung und anschließend die notwendige soziale, gesundheitliche und psychosoziale Unterstützung erhalten. Ergänzend sollen Kältehilfe, Wärmestuben, Notunterkünfte, mobile Sozialarbeit und Mietschuldenberatung gestärkt werden, damit Wohnungslosigkeit verhindert und akute Not schnell gelindert wird.

Sanierung soll Vorrang vor Abriss und Neubau haben, wo dies ökologisch sinnvoll und sozial verträglich möglich ist. Energetische Sanierungen müssen durch Landesförderung, Sozialbindungen, Härtefallfonds und Begrenzung umlagefähiger Kosten warmmietenneutral gestaltet werden, damit Klimaschutz nicht zu Verdrängung führt. Neubauten sollen flächensparend, barrierefrei, ressourcenschonend und klimaneutral geplant werden. Holz, Lehm, Hanf, Stroh, Recyclingbaustoffe, Gründächer, Fassadenbegrünung, Regenwassernutzung,

Photovoltaik und Wärmepumpen sollen in Landesprogrammen deutlich stärker gefördert werden.

Baupolitik muss auch Tierschutzpolitik sein. Vogelschlag an Glasflächen, unnötige Lichtverschmutzung, versiegelte Gärten, fehlende Nistplätze und zerstörte Lebensräume müssen durch tierfreundliche Standards in Landesbau, Förderprogrammen und kommunaler Planung reduziert werden. Bei Sanierungen und Abrissen sollen Fledermäuse, Mauersegler, Schwalben und andere gebäudebewohnende Tiere besser geschützt werden. Ersatzquartiere, Brutplätze und fachliche Kontrollen müssen selbstverständlich werden, wenn öffentliche Gelder eingesetzt werden.

Das Land soll Kommunen bei Entsiegelung, Schwammstadt-Konzepten, Hitzeschutz, Baumpflanzungen und naturnahen Grünflächen unterstützen. Jede Siedlungsentwicklung muss dazu beitragen, Wasser zu speichern, Hitze zu senken, Artenvielfalt zu fördern und Menschen ein gesundes Wohnumfeld zu bieten.



10. Bildung verbessern und Unterrichtsausfall senken

Gute Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit. Mecklenburg-Vorpommern darf sich nicht damit abfinden, dass Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, überlastete Schulen und ungleiche Bildungschancen zum Alltag gehören.

Das Land muss den Unterrichtsausfall spürbar senken. Dafür braucht Mecklenburg-Vorpommern mehr Lehrkräfte, mehr Referendariatsplätze, bessere Arbeitsbedingungen, eine starke Lehramtsausbildung im Land, Seiteneinstiegsprogramme mit hoher pädagogischer Qualität, Vertretungsreserven und multiprofessionelle Teams.

Lehrkräfte müssen von unnötiger Bürokratie entlastet werden, damit sie mehr Zeit für Unterricht, Förderung und pädagogische Arbeit haben. Schulsozialarbeit, Inklusionsassistenz, psychologische Beratung und Sprachförderung müssen an allen Schulen verlässlich verfügbar sein.

Schulen müssen nach ihrem tatsächlichen Bedarf und nicht nach dem Gießkannenprinzip ausgestattet werden. Ein verbindlicher Sozialindex soll dafür sorgen, dass Schulen in Stadtteilen und Regionen mit besonders großen sozialen Herausforderungen kleinere Klassen, mehr Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Inklusionsfachkräfte und Schulgesundheitspflege erhalten. Schulgebäude brauchen saubere Sanitäreanlagen, gute Raumluft, Trinkwasserspender, Hitzeschutz, begrünte und entsiegelte Schulhöfe sowie ausreichend Räume für Bewegung, Rückzug und gemeinsames Lernen. Schulbücher, digitale Endgeräte und grundlegende Lernmittel sollen kostenfrei bereitgestellt, Schulbibliotheken gestärkt und Unterrichtsmaterialien ohne Tierversuch und vermeidbare Tierversuche verwendet werden.

Alle Schulen sollen moderne digitale Ausstattung, stabile Lernplattformen, Glasfaseranschlüsse, gute Raumlufte, Barrierefreiheit und sichere Lernumgebungen erhalten. Medienkompetenz, Demokratiebildung, Klimabildung, Tierschutzbildung und Ernährungskompetenz sollen verbindlich in den Schulalltag integriert werden.

Kinder und Jugendliche müssen lernen, Informationen kritisch zu prüfen, Desinformation zu erkennen und demokratisch zu streiten. Demokratie beginnt im Klassenzimmer mit Beteiligung, Respekt und Mitbestimmung.

In Kitas, Horten und Schulen soll das Essen kostenfrei sein. Dieses Essen soll ein vollwertiges, bio-veganes Standardangebot sein, ergänzt durch allergiegerechte und bedarfsgerechte Verpflegung. So werden Familien entlastet und soziale Politik kann mit Klima- und Tierschutz verbunden werden.

Schulen sollen Orte gelebter Nachhaltigkeit werden. Schulgärten, naturnahe Schulhöfe, Energiesparen, Abfallvermeidung, Tierschutzprojekte, Exkursionen in Moore, Wälder und Küstenlandschaften sowie Kooperationen mit Tierheimen und Naturschutzstationen sollen stärker gefördert werden.



11. Hochschulen, Wissenschaft und Forschung stärken

Mecklenburg-Vorpommern braucht starke Hochschulen, unabhängige Wissenschaft und gute Studienbedingungen. Hochschulen sind zentrale Orte für Lehrkräftebildung, medizinische Versorgung, Klimaforschung, Ostseeschutz, Agrarwende, Demokratiebildung und soziale Innovation.

Das Land soll die Hochschulen verlässlich finanzieren und prekäre Beschäftigung in Wissenschaft und Lehre zurückdrängen. Gute Forschung braucht faire Arbeitsbedingungen, planbare Karrierewege und ausreichend Grundfinanzierung statt dauerhafter Abhängigkeit von kurzfristigen Drittmitteln.

Die Lehramtsausbildung muss gestärkt werden, weil Unterrichtsausfall nur dauerhaft sinkt, wenn mehr gut ausgebildete Lehrkräfte im Land bleiben. Studienplätze, Praxisphasen, Mentoring, Inklusionspädagogik, Medienbildung, Demokratiebildung, Tierschutzbildung und Klimabildung sollen ausgebaut werden.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Schwerpunktland für tierversuchsfreie Forschung werden. Das Land soll Zentren, Stipendien, Professuren und Förderprogramme unterstützen, die moderne humanbasierte Methoden, Organoide, Computersimulationen, Zellkulturmodelle und andere tierversuchsfreie Verfahren entwickeln.

Klimaforschung, Moorforschung, Paludikultur, Ostseeforschung, nachhaltige Landwirtschaft, erneuerbare Energien, Speichertechnologien und Kreislaufwirtschaft sollen stärker miteinander vernetzt werden. Forschung muss dabei nicht nur Erkenntnisse liefern, sondern auch Kommunen, Betrieben und Zivilgesellschaft praktische Lösungen ermöglichen.

Wissenschaftliche Einrichtungen sollen bei öffentlicher Beschaffung, Energieversorgung, Bau und Kantinen selbst Vorbilder für Klima- und Tierschutz werden. Hochschulgärten sollen attraktive pflanzliche Angebote aus regionaler und ökologischer Produktion deutlich ausbauen.

Das Land soll Forschungstransfer und ethische Innovation fördern, indem Hochschulen enger mit nachhaltigen Start-ups, Kommunen, Tier- und Naturschutzorganisationen, Sozialträgern und gemeinwohlorientierten Unternehmen zusammenarbeiten.

Öffentlich finanzierte Wissenschaft muss der Öffentlichkeit zugutekommen. Forschungsergebnisse sollen grundsätzlich frei zugänglich veröffentlicht werden; Forschungsdaten und mit öffentlichen Mitteln entwickelte Software sollen unter Wahrung von Datenschutz, Sicherheit und Persönlichkeitsrechten nach den Grundsätzen von Open Access, Open Data und Open Source verfügbar sein. Daueraufgaben in Forschung, Lehre und Hochschulverwaltung brauchen Dauerstellen statt immer neuer Kurzzeitverträge. Das Land soll Forschung zu ländlicher Gesundheitsversorgung, Alter und Pflege, Armut, sozialräumlicher Segregation, Klimaanpassung, pflanzlicher Landwirtschaft und tierversuchsfreien Methoden gezielt fördern und dabei Bürger:innen, Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einbeziehen.



12. Gesundheit, Pflege und Schutz vor Gewalt stärken

Gesundheit ist keine Ware. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Geburtshilfe, Notfallversorgung, psychotherapeutische Hilfe und medizinische Grundversorgung müssen am Bedarf der Menschen ausgerichtet werden und nicht an Renditeinteressen.

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Gerade im ländlichen Raum dürfen Menschen nicht abgehängt werden, und deshalb müssen Gesundheitszentren, Gemeindeschwestern, mobile Angebote, Telemedizin, bessere Rettungsdienste und kommunale Versorgungsstrukturen ausgebaut werden. Das Land muss über Krankenhausplanung, Investitionsförderung, Ausbildungskapazitäten, Modellprojekte und Bundesratsinitiativen bessere Bedingungen schaffen.

Pflegekräfte brauchen bessere Arbeitsbedingungen, verlässliche Personalbemessung, mehr Kolleginnen und Kollegen, bessere Ausbildung und mehr Zeit für Menschen. Pflege darf keine Akkordarbeit sein. Das Land soll sich im Bundesrat für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege einsetzen.

Das Land muss Strategien gegen multiresistente Keime, bessere Hygiene, gute Raumluft und krisenfeste Pandemie-Vorsorge stärken. Schulen, Kliniken, Pflegeheime, öffentliche Einrichtungen und der ÖPNV brauchen Schutzkonzepte, die im Ernstfall schnell greifen.

Mecklenburg-Vorpommern braucht mehr Frauenhäuser, mehr Schutzplätze und mehr spezialisierte Beratungsstellen gegen häusliche, sexualisierte, digitale, psychische, ökonomische und andere Formen von Gewalt. Betroffene brauchen schnelle Hilfe, sichere Unterkünfte, vertrauliche Beratung, gute Erreichbarkeit im

ländlichen Raum, mehrsprachige Angebote, barrierefreie Strukturen und langfristige Begleitung.

Die Istanbul-Konvention muss in Mecklenburg-Vorpommern vollständig umgesetzt werden. Gewalt gegen Frauen, Kinder, queere Menschen, Menschen mit Behinderung und andere besonders gefährdete Gruppen ist kein privates Problem, sondern eine politische Aufgabe.

Gesundheitspolitik muss die Klimakrise ernst nehmen. Hitzeaktionspläne, Schutz vor Luftschadstoffen, sauberes Trinkwasser, gute Ernährung und klimafeste Krankenhäuser sind notwendig, damit Gesundheitsschutz auch unter veränderten Umweltbedingungen gelingt.

Der Zusammenhang zwischen Massentierhaltung, Antibiotikaeinsatz, Zoonosen und resistenten Keimen muss konsequent politisch berücksichtigt werden. Eine tierleidfreie Agrarwende ist auch Gesundheitsvorsorge.



13. Senioren, Familien und Generationengerechtigkeit stärken

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Politik, die Familien entlastet, Kinder schützt, ältere Menschen stärkt und Generationen miteinander verbindet. Soziale Sicherheit, bezahlbares Wohnen, gute Mobilität, wohnortnahe Versorgung und eine intakte Umwelt sind dafür unverzichtbar.

Familien sollen durch kostenfreie Bildung, kostenfreies gesundes Essen in Kitas, Horten und Schulen, gute Betreuung, Familienzentren und verlässliche Beratungsangebote entlastet werden. Kinderarmut muss mit Landesprogrammen, kommunaler Unterstützung und guter Infrastruktur bekämpft werden.

Seniorinnen und Senioren brauchen barrierefreie Wohnungen, erreichbare Arztpraxen, gute Pflege, verlässliche Bus- und Bahnverbindungen, Begegnungsorte und digitale Unterstützung ohne Zwang zur ausschließlich digitalen Kommunikation.

Hitzeschutz ist besonders für ältere Menschen, Kinder und kranke Menschen eine soziale Aufgabe. Kommunen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Schulen und Wohnquartiere sollen Hitzeaktionspläne, Schattenplätze, Trinkwasserangebote, begrünte Aufenthaltsräume und Notfallketten entwickeln.

Haustiere sind für viele Menschen Familienmitglieder und wichtige soziale Bezugspunkte. Pflegeeinrichtungen, Frauenhäuser, Notunterkünfte und soziale Hilfen sollen tierfreundliche Lösungen entwickeln, damit Menschen nicht zwischen Schutz, Versorgung und ihren Tieren wählen müssen.

Familienpolitik muss auch Alleinerziehende, Pflegefamilien, Regenbogenfamilien, kinderreiche Familien, Menschen mit Behinderung und pflegende Angehörige

stärker unterstützen. Hilfe muss niedrigschwellig, wohnortnah, barrierefrei und respektvoll sein.

Generationengerechtigkeit bedeutet, dass heutige Politik nicht auf Kosten junger Menschen, künftiger Generationen, der Tiere und der natürlichen Lebensgrundlagen gemacht werden darf. Klimaschutz, Tierschutz und soziale Sicherheit gehören deshalb zusammen.



14. Gegen Rechts, Demokratie, Menschenwürde, Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine klare Haltung gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Misogynie, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Verschwörungsideologien und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Demokratie muss im Alltag verteidigt werden. Das Land soll Beratungsstellen, mobile Beratungsteams, Opferberatung, Ausstiegsprogramme, politische Bildung, Jugendverbände, Kulturprojekte und zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechts dauerhaft und verlässlich fördern.

Rechte Akteure versuchen immer wieder, Natur-, Tier- und Heimatschutz für Ausgrenzung, Nationalismus und Menschenfeindlichkeit zu missbrauchen. Wir stellen dem ein offenes Verständnis von Mitgefühl entgegen, das Menschenrechte, Tierrechte, Klimagerechtigkeit und internationale Solidarität zusammen denkt.

Klimaleugnung, Wissenschaftsfeindlichkeit und Desinformation gefährden demokratische Entscheidungen und wirksamen Klimaschutz. Medienkompetenz, Transparenz, unabhängige Wissenschaft und verständliche Behördenkommunikation müssen deshalb gestärkt werden.

Kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Ehrenamtliche, Journalistinnen und Journalisten, Lehrkräfte, queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte und Engagierte im Klima- und Tierschutz müssen besser vor Bedrohungen geschützt werden.

Das Land soll rechte Netzwerke, Reichsbürgerstrukturen, Hasskriminalität und digitale Gewalt konsequent bekämpfen. Polizei und Justiz müssen dafür gut ausgebildet, sensibilisiert und personell ausreichend ausgestattet sein.

Demokratiepolitik muss auch soziale Politik sein. Wer Dörfer, Jugendzentren, Beratungsstellen, Kultur, Mobilität und Bildung stärkt, entzieht menschenfeindlichen Ideologien den Boden und schafft Räume für Zusammenhalt.

Kunst, Kultur, Bibliotheken, Sportstätten, Schwimmbäder, Spielplätze und Bolzplätze gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Das Land soll mit einem Kulturfördergesetz und langfristigen Fördervereinbarungen Theater, Museen, Musikschulen, freie Kultur, soziokulturelle Zentren und Bibliotheken verlässlich absichern, faire Honorare und barrierefreie Zugänge gewährleisten und mobile Bibliotheks- und Kulturangebote im ländlichen Raum ausbauen.

Ein Landesprogramm soll Kommunen bei der Sanierung und dem Neubau öffentlich zugänglicher Sportstätten, Schwimmbäder, Spiel- und Bolzplätze unterstützen. Öffentliche Förderung darf nicht für Sport- oder Kulturveranstaltungen verwendet werden, bei denen Tiere ausgebeutet oder verletzt werden.



15. Polizei, Justiz und Katastrophenschutz

demokratisch und zukunftsfest aufstellen

Sicherheit bedeutet für uns Schutz der Menschenwürde, Schutz vor Gewalt, Schutz demokratischer Rechte, Schutz von Tieren und Schutz natürlicher Lebensgrundlagen. Polizei, Justiz und Katastrophenschutz müssen dafür demokratisch, transparent, gut ausgestattet und menschenrechtsorientiert arbeiten.

Die Polizei braucht gute Ausbildung, Deeskalationskompetenz, klare Fehlerkultur, unabhängige Beschwerdemöglichkeiten und Schulungen zu Rechtsextremismus, häuslicher Gewalt, Hate Crime, Queerfeindlichkeit, Rassismus, psychischen Krisen, Tierschutzverstößen und Umweltkriminalität.

Justiz und Staatsanwaltschaften müssen so ausgestattet werden, dass Verfahren zügig, rechtsstaatlich und für Betroffene nachvollziehbar geführt werden können. Wir setzen uns für Schwerpunktzuständigkeiten bei Tierschutzkriminalität, Umweltkriminalität, Hasskriminalität, Gewalt gegen Frauen und digitaler Gewalt ein.

Katastrophenschutz muss auf die Klimakrise vorbereitet werden. Waldbrände, Moorbrände, Sturmfluten, Starkregen, Hochwasser, Hitzeperioden, Trinkwasserknappheit und Stromausfälle brauchen vorausschauende Planung, Übungen, moderne Ausstattung und klare Zuständigkeiten.

Private Feuerwerke und laute Böllerei verursachen Angst, Verletzungen, Todesfälle und Stress bei Wildtieren, Haustieren und Menschen. Mecklenburg-Vorpommern soll daher deutliche Einschränkungen privater Feuerwerke ermöglichen und tier- sowie umweltfreundliche Alternativen fördern.

Tiere müssen in Katastrophenschutzplänen berücksichtigt werden. Evakuierungs- und Notfallkonzepte müssen Tierheime, Lebenshöfe, Wildtierhilfen, landwirtschaftliche Betriebe und private Tierhaltungen einbeziehen, damit Haus-, Wild- und sogenannte „Nutz“tiere im Katastrophenfall nicht vergessen werden.

Feuerwehren, Rettungsdienste, THW, Wasserrettung, Tierrettung und Ehrenamtliche leisten unverzichtbare Arbeit. Das Land soll Ausbildung, Ausrüstung, digitale Alarmierung, psychologische Nachsorge und Kooperationen zwischen den Organisationen stärken. Küstenschutz und Bevölkerungsschutz müssen naturnah gedacht werden. Moore, Auen, Wälder, Dünen, Salzwiesen und Schwammstadt-Konzepte sind keine Nebensache, sondern Teil einer vorsorgenden Sicherheitsarchitektur.

Landespolizei, Verfassungsschutz und andere Landesbehörden dürfen keine nicht allgemein zugänglichen personenbezogenen Standort-, Bewegungs- oder Profildaten bei Databrokern, Werbenetzwerken oder darauf spezialisierten Dienstleistern beschaffen oder nutzen, wenn Herkunft und Rechtmäßigkeit der Daten nicht zweifelsfrei nachgewiesen sind. Richterliche Kontrollvorbehalte dürfen nicht durch den Ankauf kommerzieller Daten umgangen werden. Frühere Beschaffungen und Nutzungen müssen durch die Landesdatenschutzbeauftragte oder den Landesdatenschutzbeauftragten und den Landtag unabhängig überprüft werden. Soweit bundesrechtliche Ermittlungsbefugnisse betroffen sind, soll Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat eine ausdrückliche gesetzliche Regelung zum Schutz der Grundrechte verlangen.



16. Kommunen und Kommunalfinanzen

stärken

Städte, Gemeinden und Landkreise sind die Orte, an denen Klimaschutz, Tierschutz, Mobilität, Bildung, Wohnen, soziale Beratung und demokratische Teilhabe konkret werden. Wer ein starkes Mecklenburg-Vorpommern will, muss die kommunale Ebene finanziell und personell stärken.

Kommunen brauchen verlässliche Finanzierung statt immer neuer Aufgaben ohne ausreichende Mittel. Das Land soll Konnexität ernst nehmen, Förderprogramme vereinfachen, Eigenanteile sozial staffeln und strukturschwache Kommunen besonders unterstützen.

Klimaschutz darf nicht davon abhängen, ob eine Gemeinde zufällig genügend Personal für Förderanträge hat. Das Land soll Beratungsstellen, Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager, gemeinsame Planungspools und Musterlösungen für Wärmeplanung, Mobilität, Entsiegelung und erneuerbare Energien bereitstellen.

Auch kommunaler Tierschutz braucht verlässliche Strukturen. Fundtierverträge, Tierheime, Katzenschutz, Wildtierhilfe, Mähroboterregelungen, Feuerwerksbeschränkungen und tierfreundliche Bauleitplanung dürfen nicht an knappen Haushalten scheitern.

Kommunen sollen beim Ausstieg aus der Massentierhaltung, bei der Nichtansiedlung neuer Tierfabriken und beim Aufbau pflanzlicher Wertschöpfung rechtlich, fachlich und finanziell unterstützt werden.

Das Land soll Bürgerhaushalte, Jugendbeteiligung, Seniorenbeiräte, Behindertenbeiräte, Integrationsbeiräte und digitale Beteiligungsplattformen

fördern. Demokratie beginnt in der Kommune und braucht Zeit, Räume, Personal und Vertrauen.

Kommunale Beschaffung soll regionale, ökologische, faire, klimafreundliche und tierleidfreie Produkte bevorzugen. Das Land soll dafür Mustervergaben, Beratung und rechtssichere Kriterien bereitstellen.

Das Land soll ein dauerhaftes Programm „Lebendige Quartiere“ für sozial benachteiligte Stadtteile insbesondere in Rostock, Schwerin, Wismar, Stralsund und Greifswald auflegen. Fördermittel sollen nach Sozialdaten verteilt und für soziokulturelle Begegnungsstätten, Stadtteilbibliotheken, Jugend- und Senior:innentreffs, Beratungsstellen, Gemeinschaftsgärten, Sportflächen und niedrigschwellige Kulturangebote eingesetzt werden. Sozialer Wohnungsbau darf nicht auf wenige Stadtteile konzentriert werden; bezahlbare Wohnungen müssen in allen Quartieren entstehen. Stadtteilbeiräte und eigene Quartiersbudgets sollen den Bewohner:innen ermöglichen, über konkrete Verbesserungen ihres Wohnumfeldes mitzuentcheiden.



17. Landesfinanzen sozial, ökologisch und transparent gestalten

Landesfinanzen sind Ausdruck politischer Prioritäten. Mecklenburg-Vorpommern soll öffentliche Gelder konsequent für soziale Sicherheit, Klimaschutz, Tierschutz, Bildung, Gesundheit, kommunale Handlungsfähigkeit und nachhaltige Wirtschaft einsetzen.

Der Landeshaushalt soll zu einem Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlhaushalt weiterentwickelt werden. Ausgaben, Förderprogramme, Landesbeteiligungen und öffentliche Beschaffung sollen daraufhin geprüft werden, ob sie Klima, Artenvielfalt, Tierschutz, soziale Gerechtigkeit, regionale Wertschöpfung und demokratische Teilhabe stärken oder schwächen.

Klimaschädliche, tierleidfördernde und umweltschädliche Förderungen sollen schrittweise abgebaut und in sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen umgelenkt werden. Dazu gehören insbesondere Bildung, ÖPNV, Moorschutz, Ostseeschutz, Tierheime, Wildtierhilfen, Frauenhäuser, Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen und kommunale Infrastruktur. Menschen und Betriebe, die von der Umstellung betroffen sind, brauchen faire Übergänge, Weiterbildung, Beratung und Investitionshilfen.

Das Land soll bei eigenen Anlagen, Beteiligungen und Rücklagen eine Divestment-Strategie verfolgen. Öffentliche Gelder dürfen nicht länger Geschäftsmodelle stützen, die auf fossilen Energien, Naturzerstörung oder systematischem Tierleid beruhen. Investitionen in Klimaschutz, Bildung, Gesundheit, Gewaltschutz, Tierschutz und kommunale Infrastruktur sind keine Luxusausgaben, sondern Vorsorge gegen deutlich höhere Folgekosten.

EU-, Bundes- und Regionalisierungsmittel sollen konsequenter genutzt werden. Förderprogramme müssen transparent, verständlich und auch für kleine Vereine, junge Unternehmen, Kommunen, Tierheime und ehrenamtliche Initiativen erreichbar sein. Dafür braucht es einfache Anträge, Beratung und geringere Eigenanteile für finanzschwache Kommunen.

Für Klimaschutz, Moorschutz und Wärmewende sollen Landesprogramme, Bundesförderung, EU-Mittel, Bürgerenergie, kommunale Wärmeplanung und Energiegenossenschaften verbunden werden. Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden, erneuerbare Wärmenetze, Wärmepumpen, Gebäudesanierung, Speicher, Entsiegelung, Hitzeschutz und Wiedervernässung von Mooren sollen als gemeinsames Investitionsprogramm für ein klimaneutrales Mecklenburg-Vorpommern bis 2035 geplant werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen sollen an erneuerbaren Energien finanziell beteiligt werden, damit Wertschöpfung im Land bleibt.

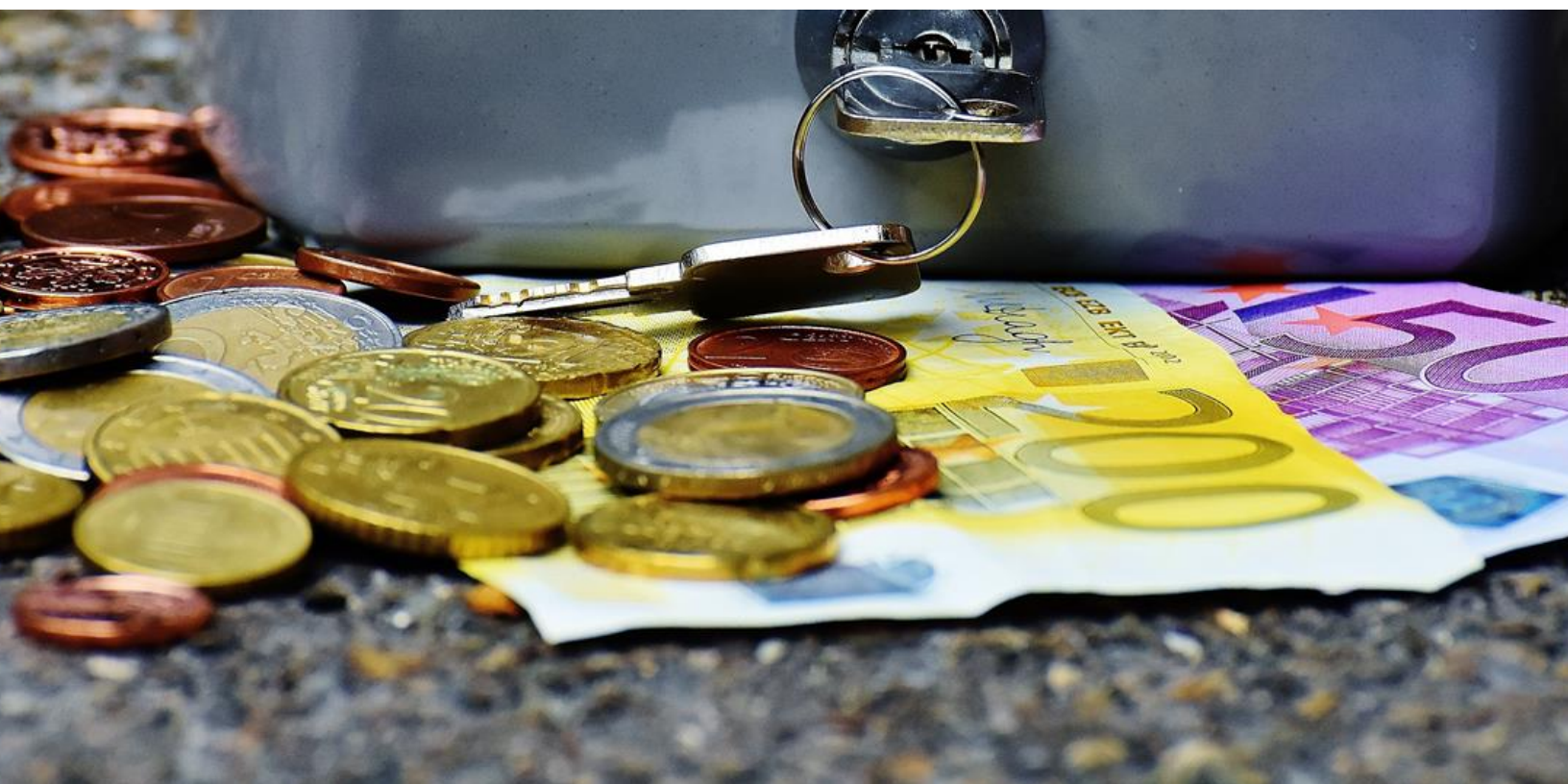
Für Tierheime, Wildtierhilfen, Tierrettung, Katzenschutz, Meeressäugerhilfe und Tierschutzvollzug braucht es eine dauerhafte Landesfinanzierung. Das Land soll verbindliche Tierschutzförderung schaffen, einheitliche Standards für Fundtierverträge unterstützen, Kommunen entlasten und Veterinärämter personell, digital und fachlich stärken. Für Frauenhäuser, Gewaltschutz, Pflege, Gesundheit, Bildung und soziale Beratung sollen Landesmittel, Bundesprogramme und kommunale Finanzierung so zusammengeführt werden, dass Schutz und Hilfe verlässlich erreichbar sind.

Das Land soll eigene Einnahme- und Lenkungsinstrumente nutzen, soweit dies rechtlich möglich ist. Dazu gehören nachhaltige Tourismusabgaben, sozial gerechte Parkraumbewirtschaftung, umweltbezogene Hafengebühren, Abgaben auf Einweg- und Verpackungsmüll im Rahmen kommunaler Möglichkeiten,

Stellplatzablösen sowie die Nutzung öffentlicher Grundstücke für bezahlbares, klimaneutrales Wohnen.

Mecklenburg-Vorpommern soll im Bundesrat für ein gerechteres Steuersystem eintreten. Sehr hohe Vermögen, große Erbschaften, Finanzspekulationen, Übergewinne und klimaschädliche Geschäftsmodelle müssen stärker zum Gemeinwohl beitragen. Gesunde pflanzliche Grundnahrungsmittel sollen steuerlich entlastet werden. Tierliche Produkte, stark zuckerhaltige Getränke und stark verarbeitete ungesunde Lebensmittel sollen entsprechend ihrer Klima-, Gesundheits- und Tierschutzfolgekosten stärker besteuert werden.

Unsere Finanzierungspolitik folgt einem einfachen Grundsatz: Das Geld ist dort einzusetzen, wo es Leben schützt, Leid verhindert und Zukunft ermöglicht.



18. Digitalisierung und Verwaltung bürgernah, barrierefrei, klimagerecht und unter Wahrung von Grundrechten modernisieren

Eine moderne Verwaltung muss für Menschen da sein und darf niemanden ausschließen. Digitalisierung soll Wege verkürzen, Papier sparen, Transparenz erhöhen und Teilhabe erleichtern, aber analoge Zugänge müssen für Menschen ohne digitale Möglichkeiten erhalten bleiben.

Das Land soll Verwaltungsverfahren vereinfachen, Zuständigkeiten verständlicher machen, digitale Anträge barrierefrei gestalten und Bearbeitungsstände transparent nachvollziehbar machen. Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Kommunen und kleine Unternehmen brauchen eine Verwaltung, die hilft statt abschreckt.

Datenschutz, IT-Sicherheit und digitale Souveränität müssen hohe Priorität haben. Öffentliche Daten sollen, soweit möglich und sinnvoll, als Open Data bereitgestellt werden, damit Forschung, Kommunen, Zivilgesellschaft und nachhaltige Unternehmen bessere Entscheidungen treffen können.

Mecklenburg-Vorpommern soll in Landesverwaltung, Schulen, Hochschulen und landeseigenen Unternehmen grundsätzlich offene Standards und Open-Source-Software einsetzen. Abweichungen vom Grundsatz „Open Source first“ müssen fachlich begründet und transparent gemacht werden. Mit öffentlichen Mitteln neu entwickelte Software soll nach dem Prinzip „Public Money, Public Code“ grundsätzlich auch anderen öffentlichen Stellen zur Verfügung stehen. Verschlüsselung, Datensparsamkeit, barrierefreie und weiterhin analoge Zugänge, ein öffentliches Register automatisierter Entscheidungssysteme sowie nachvollziehbare Prüfungen auf Diskriminierung und Sicherheitsrisiken müssen

zu verbindlichen Standards werden. Kommunen sollen bei der Umstellung finanziell und durch ein landesweites Kompetenzzentrum unterstützt werden.

Digitale Verwaltung soll Klima- und Tierschutz unterstützen. Ein digitales Fundtier- und Katzenschutzregister, bessere Meldesysteme für Tierschutzverstöße, Geodaten zu Biotopen, Mooren und Hitzerrisiken sowie transparente Klimadaten können Verwaltung und Ehrenamt entlasten.

Breitband, Mobilfunk und öffentliche WLAN-Angebote müssen im ganzen Land zuverlässig verfügbar sein. Digitalisierung darf ländliche Räume nicht abhängen, sondern soll ihnen neue Chancen für Arbeit, Bildung, Telemedizin, Ehrenamt und nachhaltige Wirtschaft eröffnen.

Künstliche Intelligenz und automatisierte Verwaltungsverfahren dürfen nur eingesetzt werden, wenn sie transparent, diskriminierungsfrei, überprüfbar und datenschutzkonform sind. Entscheidungen, die Menschen wesentlich betreffen, müssen menschlich verantwortet bleiben.

Eine klimafreundliche Verwaltung reduziert unnötige Fahrten, senkt Energieverbrauch, nutzt langlebige Geräte, fördert Reparatur und achtet auf nachhaltige IT-Beschaffung.



19. Nachhaltige Wirtschaft und ethische Innovation fördern

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Wirtschaft, die dem Leben dient. Wirtschaftlicher Erfolg darf nicht auf Tierleid, Umweltzerstörung, Ausbeutung oder kurzfristigem Ressourcenverbrauch beruhen.

Wirtschaftsförderung darf nicht nur Arbeitsplätze zählen, sondern muss deren Qualität berücksichtigen. Unternehmen in Hotellerie, Gastronomie, Tourismus, Kurwesen, Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Pflege und anderen für Mecklenburg-Vorpommern wichtigen Branchen sollen Landesförderung und öffentliche Aufträge nur erhalten, wenn sie Tariflöhne oder tarifgleiche Löhne zahlen, Arbeitszeiten vollständig erfassen, Überstunden ausgleichen, verlässliche Dienstpläne aufstellen und Mitbestimmung, Ausbildung, Arbeitsschutz und Gleichstellung gewährleisten. Das Land soll Arbeitsschutz- und Gewerbeaufsicht personell stärken, landeseigene Unternehmen zu Vorbildern machen und sich im Bundesrat für mehr Tarifbindung, ein Recht auf planbare Arbeitszeiten und besseren Schutz vor prekärer Beschäftigung einsetzen.

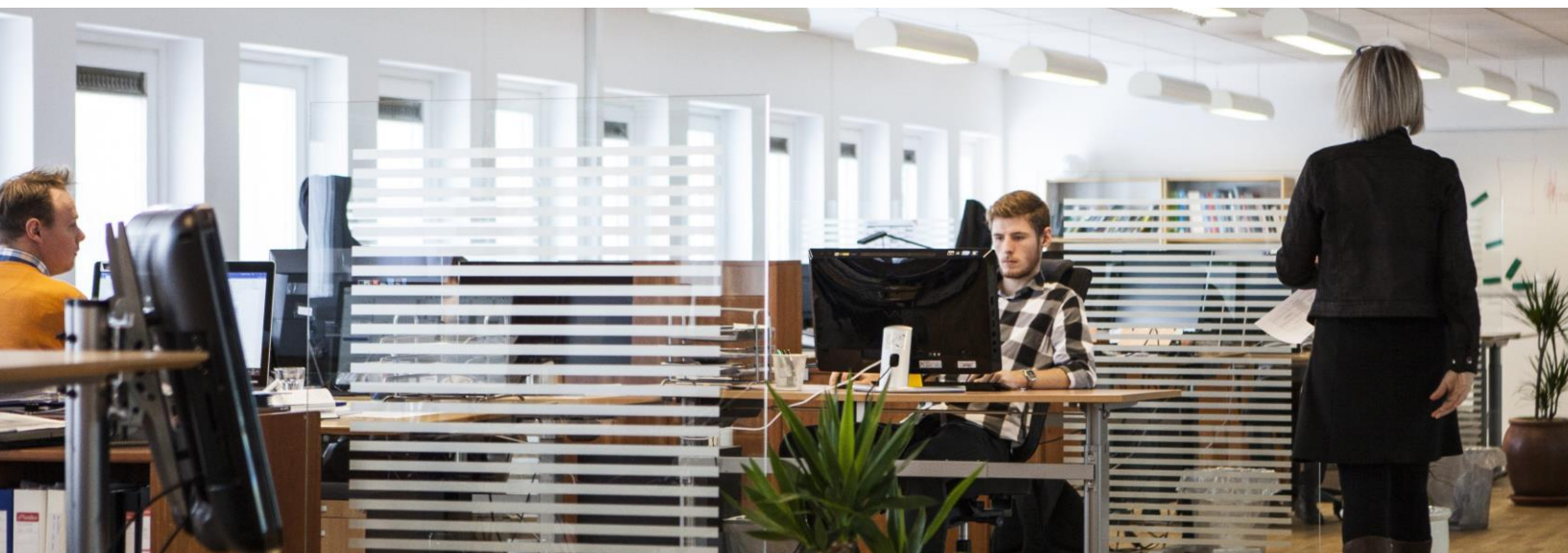
Das Land soll innovative Start-ups fördern, die nachhaltige und ethische Lösungen entwickeln. Dafür soll ein Förderfonds für gemeinwohlorientierte, klimafreundliche, tierleidfreie und sozial innovative Gründungen geschaffen werden. Besonders unterstützt werden sollen Start-ups in den Bereichen pflanzliche Lebensmittel, alternative Proteine, tierversuchsfreie Forschung, Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energien, Speichertechnologien, nachhaltiges Bauen, Reparatur, Recycling, Meeresschutz, Moorschutz, digitale Teilhabe, Pflegeinnovation und soziale Dienstleistungen.

Öffentliche Förderprogramme sollen an klare Kriterien gebunden werden. Unternehmen, die Tierleid vermeiden, Ressourcen sparen, faire Arbeitsbedingungen schaffen, demokratische Mitbestimmung ermöglichen und regionale Wertschöpfung stärken, sollen bessere Chancen auf Landesförderung erhalten.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land werden, in dem junge Unternehmen mit Ideen für Klima, Tiere, Gesundheit, Pflege, Bildung, Ernährung und soziale Gerechtigkeit gute Bedingungen finden. Dafür braucht es Gründerzentren, Beratung, günstige Räume, bessere digitale Infrastruktur, Kooperationen mit Hochschulen und eine öffentliche Beschaffung, die nachhaltige Innovationen tatsächlich nachfragt.

Das Land soll außerdem Kreislaufwirtschaft, Reparaturangebote, Mehrwegstrukturen, regionale Lieferketten und nachhaltigen Tourismus fördern. Nachhaltige Wirtschaftspolitik ist Standortpolitik, wenn sie gute Arbeit schafft, natürliche Lebensgrundlagen schützt und die Lebensqualität im Land verbessert. Mecklenburg-Vorpommern soll einen Reparaturbonus, regionale Reparaturcafés, Gebrauchtwarenzentren und Reuse-Hubs fördern, damit Ressourcen geschont, Abfall vermieden und lokale Handwerksstrukturen gestärkt werden.

Wirtschaftsförderung darf nicht länger neutral gegenüber Tierleid und Klimaschäden sein. Wer öffentliche Unterstützung erhält, muss sich an überprüfbaren Standards für Klima, Umwelt, Tierschutz, faire Arbeit und Gemeinwohl orientieren.



20. Nachhaltigen Tourismus naturverträglich und tierfreundlich entwickeln

Tourismus ist für Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und prägt viele Regionen an der Küste, an Seen, in Nationalparks und in historischen Städten. Er darf jedoch nicht die Natur zerstören, Tiere verdrängen, Wohnraum verknappen oder die Klimakrise verschärfen.

Das Land soll einen nachhaltigen Tourismus fördern, der regionale Wertschöpfung stärkt, Arbeitsbedingungen verbessert, ÖPNV-Anreise erleichtert, Natur respektiert und Gäste für Klima-, Tier- und Meeresschutz sensibilisiert.

Touristische Angebote sollen ohne Tierausbeutung, ohne Tier-Shows, ohne Jagdtourismus und ohne Störung wildlebender Tiere gestaltet werden. Aktivitäten, die Wildtiere stören, Tiere zur Unterhaltung nutzen oder sensible Lebensräume belasten, dürfen nicht gefördert werden. Öffentliche Förderung für Tourismusangebote, die Tiere ausbeuten oder Wildtiere stören, etwa Tier-Shows, kommerzielles Ponyreiten, Angel-Events oder Jagdtourismus, soll ausgeschlossen werden.

Nationalparks, Naturparks, Biosphärenreservate, Moore, Küsten, Wälder und Seen brauchen Besucherlenkung, gute Umweltbildung, ausreichend Personal, barrierearme Wege und klare Schutzregeln. Naturschutzgebiete dürfen nicht durch Massentourismus, Müll, Lärm oder Lichtverschmutzung überlastet werden.

Die Anreise ohne Auto muss einfacher werden. Bahn, Bus, Fahrradverleih, Gepäcktransport, Rufbusse, Gästekarten und Mobilitäts-Apps sollen so verknüpft werden, dass nachhaltiger Urlaub auch im ländlichen Raum praktisch möglich ist.

Touristische Kommunen brauchen Unterstützung gegen Wohnraumverdrängung durch Ferienwohnungen. Dauerhaftes Wohnen, soziale Infrastruktur und lebendige Orte müssen Vorrang vor spekulativer Kurzzeitvermietung haben.

Kreuzfahrt- und Schiffsverkehr, Hafenbetrieb und Wassersport müssen strenge Klima-, Lärm-, Abfall- und Gewässerschutzstandards erfüllen. Das Land muss hierfür über Hafenordnungen, Landstrom, Hafengebühren, etwaige Landesbeteiligungen, Bundesratsinitiativen und EU-Ostseekooperation aktiv werden. Die Ostsee darf nicht zur Kulisse werden, während ihre Lebensräume weiter belastet werden.

Nachhaltiger Tourismus soll Menschen einladen, Mecklenburg-Vorpommern achtsam zu erleben. Wer Natur schützt, Tiere respektiert und regionale Betriebe stärkt, sichert langfristig die Grundlage des Tourismus.



21. Europa, Ostseekooperation und internationale Verantwortung stärken

Mecklenburg-Vorpommern liegt im Ostseeraum und ist eng mit europäischen Nachbarregionen verbunden. Landespolitik muss deshalb europäische Zusammenarbeit, Frieden, Klima- und Meeresschutz, Tierschutz und soziale Verantwortung zusammendenken.

Das Land soll EU-Mittel konsequent für Klimaschutz, Moorschutz, Ostseeschutz, nachhaltige Mobilität, soziale Infrastruktur, tierversuchsfreie Forschung, regionale Landwirtschaft und faire Transformation nutzen. Fördermittel dürfen nicht dazu beitragen, fossile Abhängigkeiten, Naturzerstörung oder industrielle Tierhaltung zu verlängern.

Die Zusammenarbeit mit Ostseeanrainerstaaten, Polen, Skandinavien und europäischen Regionen soll beim Schutz der Ostsee, bei der Bergung von Munitionsaltlasten, bei Geisternetzen, beim Meeressäugerschutz, bei erneuerbaren Energien und bei nachhaltigem Tourismus ausgebaut werden.

Mecklenburg-Vorpommern soll im Bundesrat und in europäischen Netzwerken für stärkeren Tierschutz, strengere Regeln gegen Qualzuchten, ein Ende von Langstrecken-Tiertransporten, bessere Kontrollen der Tierhaltung und mehr Förderung pflanzlicher Ernährung eintreten.

Frieden, Menschenrechte und humanitäre Verantwortung gehören auch zur Landespolitik. Das Land soll Geflüchtete menschenwürdig aufnehmen, Kommunen unterstützen, Integration fördern und sich gegen Abschottung, Rassismus und Entrechtung stellen.

Internationale Partnerschaften sollen Klima-, Bildungs-, Jugend- und Wissenschaftskooperation stärken. Gerade junge Menschen brauchen Austausch, europäische Erfahrung und die Möglichkeit, gemeinsam an Lösungen für Klima, Tierschutz, soziale Gerechtigkeit und Demokratie zu arbeiten.

Eine verantwortliche Außenperspektive beginnt im eigenen Handeln. Mecklenburg-Vorpommern soll Beschaffung, Ernährung, Energie, Landwirtschaft und Wirtschaft so ausrichten, dass unser Wohlstand nicht auf Ausbeutung von Menschen, Tieren und Natur in anderen Regionen beruht.



22. Mitgefühl ist politische Verantwortung

Die PARTEI MENSCH KLIMA TIERSCHUTZ - Tierschutzpartei tritt zur Landtagswahl 2026 in Mecklenburg-Vorpommern an, weil unser Land eine Politik braucht, die weiter denkt als bis zur nächsten Wahlperiode.

Wir stehen für Tiere, die nicht sprechen können. Wir stehen für Kinder, die Zukunft verdienen. Wir stehen für Menschen, die Schutz, Würde und Sicherheit brauchen.

Wir stehen für Frauen und alle Betroffenen von Gewalt, die verlässliche Hilfe benötigen. Wir stehen für Landwirtinnen und Landwirte, die eine Zukunft ohne Tierleid aufbauen wollen. Wir stehen für die Ostsee, die Moore, die Wälder, die Küsten und die Artenvielfalt.

Wir stehen für Kommunen, die handeln wollen, aber Unterstützung brauchen. Wir stehen für Wissenschaft, die Leben schützt. Wir stehen für Polizei, Justiz und Katastrophenschutz, die demokratisch, menschenrechtsorientiert und klimafest arbeiten. Wir stehen für Familien, Seniorinnen und Senioren, junge Menschen und alle, die ein gerechtes, offenes und nachhaltiges Mecklenburg-Vorpommern wollen.

Mecklenburg-Vorpommern kann ein Land des Mitgefühls, der Klimagerechtigkeit und der tierleidfreien Zukunft werden. Mitgefühl ist keine Schwäche, sondern politische Verantwortung.



**PARTEI MENSCH
KLIMA TIERSCHUTZ**
Tierschutzpartei



**Wer Tierschutz will, muss
Tierschutz wählen!**